

Wie die Luft besser wird

CO₂: „Helden und Steuern“, FR-Wirtschaft vom 16.8.



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:

Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Faxen Sie an:

069 / 2199-3666

Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder
Leserbrief@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihr Leserbrief auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zur Veröffentlichung zu kürzen.

Wolfgang Guhr, Gründau

Verbrauch von CO₂ prämiieren

Alle Gedanken über eine Besteuerung von CO₂-Emissionen und Honorierung von Verhalten, das diese Emissionen verringert, mögen ehrenwert sein. Unerwähnt bleibe umso mehr, dass man zuerst CO₂-Verbrauch, also Maßnahmen, die der Atmosphäre CO₂ entziehen, honorieren müsste. Zu den Profiteuren zählten vor allem Landwirtschaft, Forst und Gärtnereien, aber auch Kommunen und Bürger, die Dächer und Freiflächen begrünt, anstatt sie kahl und oft unansehnlich zu belassen. Denn Pflanzen seien die idealen CO₂-Verbraucher, auf Dächern gut kombinierbar mit Solarenergiegewinnungsanlagen. Wer ihnen Platz schaffe, Sorge auch für öffentlichen Benefit, für den sich die Öffentlichkeit auch in Sachen CO₂ in höherem finanziellen Maße erkenntlich zeigen müsse.

Tilman Kluge, Bad Homburg

Diskussion: frblog.de/klimarat

Zur Seite geschoben

Mischwesen: „Jenseits der Grenzen“, FR-Tagesthema vom 6. August

Das Experimentierlabor „Frankenstein“, das liegt zurzeit in Japan, vielleicht aber auch in Kürze überall auf der Welt. Der Mensch tut und macht, was der Mensch tun und machen kann; alles scheint erlaubt zu sein! Ethische Bedenken werden einfach zur Seite geschoben, frei nach dem Trumpschen Moral-Motto „first“: Wer zuerst macht, der ist der große Macker!

Klaus P. Jaworek, Büchenbach

Ob die SPD so das rettende Ufer erreicht?

Zu: „Ausgerechnet Olaf Scholz“ und Karikatur „Aktiver Artenschutz“, FR-Tagesthema und -Meinung vom 17. August

Weit entfernt von den Grundsätzen der SPD

Genau zum richtigen Zeitpunkt, zu dem Finanzminister Olaf Scholz seine Kandidatur zum SPD-Parteivorsitz bekannt gibt, erscheint in der FR die in Anlehnung der gerade stattfindenden Artenschutzkonferenz aktuelle Karikatur, in der die SPD zu den bedrohten Arten gezählt wird. Hatte Scholz noch vor einigen Wochen erklärt, aus Zeitmangel nicht kandidieren zu wollen, scheint dieses Argument plötzlich nicht mehr zu gelten. Will er als Finanzminister zurücktreten? Zumindest würde er damit in Ausübung seines Amtseids handeln, Schaden vom Volke abzuwenden. Denn als Finanzminister hat er mit der Fortsetzung der unmenschlichen Austeritätspolitik, die den Grundsätzen der Sozialdemokratie widerspricht, bisher keineswegs den Nutzen des Volkes gemehrt.

Betrachtet man seinen Vorschlag näher, den Solidaritätszuschlag abzuschaffen, wird deutlich, dass dies den Wohlhabenden zugute käme, während Geringverdiener und Hartz-IV-Empfänger leer ausgehen würden. Hinzu kommt die Problematik der Gegenfinanzierung, für die bereits von der CDU die Losung „Sparen“ ausgegeben wurde, was bedeutet, dass die Deckungslücke nicht etwa aus dem Kriegshaushalt, sondern aus dem sozialen Bereich finanziert wird.

Wenn auf den Koalitionsvertrag verwiesen wird, muss entgegengehalten werden, dass andererseits vielfach, wie etwa bei den Waffenexporten, der Vertrag das Papier nicht wert ist, auf dem er steht. So enthält er u.a. auch die Verpflichtung, Steuerbetrug und -hinterziehung abzuschaffen. Betrachtet man jedoch die Antwort aus dem von Scholz geführten Finanzministerium auf die Anfrage der Linken zu den Cum-Cum-Geschäften, so fällt die Bezeichnung „Armutzeugnis“ für diese Antwort noch zu positiv aus. Und eine gerechte Steuerpolitik wie die längst überfällige Finanztransaktionssteuer, eine Anhebung des

Einkommensteuersatzes oder die Einführung einer Vermögenssteuer scheut Scholz wie der Teufel das Weihwasser.

Weitgehend vergessen ist sein „Brechmitteleinsatz“ zur Beweissicherung bei Drogendealern als Hamburger Innensenator, der zu einem Todesfall führte und später vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte als menschenrechtswidrig verurteilt wurde. Als Generalsekretär der SPD wollte er den Begriff des „Demokratischen Sozialismus“ aus dem Grundsatzprogramm zu streichen.

Sollte Scholz – vermutlich mit Unterstützung des Seeheimer Kreises – tatsächlich zum Vorsitzenden gewählt werden, muss die Partei, wie in der Karikatur dargestellt, tatsächlich unter Artenschutz gestellt werden. Und dieses Trauerspiel geschieht ausgerechnet 150 Jahre nach dem Gründungsparteitag der SDAP in Eisenach, wo sich unter Führung von August Bebel und Wilhelm Liebknecht die Partei erstmals ein Programm gegeben hat, in dem es noch hieß: „Die heutigen politischen und sozialen Zustände sind im höchsten Grade ungerecht und daher mit der größten Energie zu bekämpfen.“ Von diesem Grundsatz wäre ein Vorsitzender Scholz weit entfernt. Peter Boettel, Göttingen

Frische Gesichter und mutige Visionen

Die Kehrtwende von Olaf Scholz kann nicht überzeugen, auch wenn es für die Außendarstellung der SPD, die in diesem Sommer leider eine Katastrophe war, extrem notwendig ist, dass sich jetzt beim Rennen um den Parteivorsitz politische Schwergewichte bzw. bekanntere Namen aus der Deckung wagen. Schließlich bleiben erhebliche Zweifel daran, ob es dem Finanzminister bei seinem plötzlichen Sinneswandel nicht mehr um die Rettung seiner eigenen Kanzlerkandidatur als um einen echten Aufbruch geht. Zudem benötigt die deutsche Sozialdemokratie, wenn sie nicht weiter

wie ein wegen fehlendem Kompass vom Kurs abgekommenes Schiff im Ozean der Geschichte versinken, sondern das rettende Ufer erreichen soll, dringend frische Gesichter mit mutigen Visionen, die wirklich etwas verändern wollen – was der frühere Hamburger Bürgermeister gerade nicht repräsentiert. Deshalb sind hier – unabhängig davon, wer die andere Person im Tandem stellen wird – andere Akteure die eindeutig bessere Wahl! Rasmus Ph. Helt, Hamburg

Nur die zweite Garde strebt nach Höherem

Was waren das noch für goldene Troika-Zeiten, als die SPD in Deutschland mit Willy Brandt, Helmut Schmidt und Herbert Wehner bzw. mit Gerd Schröder, Oskar Lafontaine und Rudolf Scharping noch Führungspersönlichkeiten besaß, die um Bundespartei- und Bundeskanzleramt wetteiferten! Jetzt, im Jahr 2019, wo drei Landtagswahlen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen anstehen, hat die SPD nur noch eine kommissarische Troika-Führung aus Malu Dreyer, Manuela Schwesig und Thorsten Schäfer-Gümbel, wovon keiner und auch keine amtierende SPD-Ministerpräsidentin das Amt anstrebt. Dabei ist es doch laut Franz Müntefering angeblich „das schönste Amt neben dem Papst“.

Lediglich die zweite SPD-Garde strebt noch nach Höherem. So wollen Gesine Schwan (76) und Ralf Stegner (59) als Duo für den SPD-Bundesvorsitz kandidieren. Die SPD macht sozusagen den „sterbenden Schwan“. Ist die alte Dame SPD noch zu retten? Ja, aber nicht durch zweifelhafte Führungsfiguren, sondern durch ein wirklich sozial gerechtes Parteiprogramm und eine Fusion mit der Linkspartei zur neuen „Super-Linken“ – der „Linken Einheitspartei Deutschlands“ (LED). Ja, wenn da nicht allen Bürgern ein Licht aufgeht.

Roland Klose, Bad Fredeburg

Diskussion: frblog.de/nach-links

FR ERLEBEN

Stephan Hebel lädt wieder ein zu „Hebels aktueller Stunde“ mit Vortrag und Diskussion zu politischen Themen. Einlass ab 18 Uhr.

Donnerstag, 5. September, 19 Uhr Club Voltaire, Kleine Hochstraße 5, Frankfurt

Tobias Schwab moderiert die Diskussion „Katholisch sein in der Krise – Welche Reformen braucht die Kirche?“ mit Jesuitenpater Dr. Klaus Mertes. **Sonntag, 8. September, 14 Uhr, Kreuzburghalle, Wilhelm-Leuschner-Straße 50, Hainburg**

Lutz „Bronski“ Büge stellt seinen neuen Roman „Incubus – Virenkrieg III“ vor und liest daraus. Anlässlich der Neuerscheinung gibt es Crémant. Eintritt frei, Eine Veranstaltung von Pro Lesen e.V. **Donnerstag, 19. September, 19 Uhr Bibliothekszentrum Sachsenhausen, Hedderichstr. 32, Frankfurt**

Bernd Hontschik liest aus seinem Buch „Erkranken schadet der Gesundheit“, das auf seinen Kolumnen für die FR beruht. Anschließend Diskussion. **Donnerstag, 24. Oktober, 18.30 Uhr Bürgerinstitut, Oberlindau 20, Frankfurt**

Geschichtsbewusstes Deutschland

Erwiderung auf „Deutschland duckt sich weg“, Leserforum vom 16. August

Zu recht bezeichnet Leser Alfred Kastner die deutsche Politik als seltsam wegduckend. Sein Ruf nach der Verteidigung deutscher Interessen gegen die „iranische Aggression“ in der Straße von Hormus vergisst aber, dass wir einst unsere Interessen am „Lebensraum im Osten“ militärisch sichern wollten und nicht nur andere, sondern auch uns selbst in die Katastrophe geführt haben. Deshalb schrieben die Eltern unseres Grundgesetzes in Art. 24 von der Möglichkeit, uns einem „System gegenseitiger kollektiver Sicherheit“ einzuordnen. Ein solches System bezieht die Interessen aller möglichen Konfliktgegner mit ein, eine Idee der Friedensbewegung am Ende des 19. Jahrhunderts. Dies bedeutet,

die Interessen des Iran am freien Handelsweg bei Gibraltar ebenso zu achten wie die unseren bei Hormus. Deutsche Politik versäumte in feigem Wegducken vor den Briten und Trump, darauf hinzuweisen, dass die Kaperung des iranischen Tankers bei Gibraltar die Straße von Hormus unsicher gemacht hat und dessen Freigabe einen militärischen Aufmarsch bei Hormus erübrigt. Es war den Vertretern der deutschen Wirtschaft überlassen zu bemerken, dass mehr Militär bei Hormus den deutschen Handelsinteressen nicht nützt, sondern schwer schadet.

Eine geschichtsbewusste und mutige deutsche Politik müsste längst den Atomwaffensperrvertrag unterschrieben und die USA

aufgefordert haben, die Atomwaffen aus Büchel abzuziehen sowie sich mit Africom und Eucocom aus Stuttgart und aus Ramstein zurückzuziehen, wo wir die US-Drohnenlynchmorde unterstützen. Wir stünden damit nicht, wie Alfred Kastner befürchtet, „vereinsamt in der Ecke des Schulhofs“, sondern mit der Mehrheit der Völker gegen den Rüstungswahnsinn und die alte fatale Idee vom Krieg als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln. Selbst die Nato ist nach ihrem Art. 1 verpflichtet, alle friedlichen Mittel vor einem Einsatz von Militär zu nutzen. Statt feigem Wegducken vor Trump muss ein geschichtsbewusstes Deutschland darauf hinweisen.

Friedrich Gehring, Backnang